



Marktprämie: Fast die Hälfte der erneuerbaren Energien ist bereits in den Strommarkt integriert

Marktprämie: Fast die Hälfte der erneuerbaren Energien ist bereits in den Strommarkt integriert
 Positive Zwischenbilanz der Marktprämie Immer mehr Erzeuger von erneuerbarem Strom vermarkten ihren Strom direkt. Fast die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien wird nach neuesten Zahlen der Übertragungsnetzbetreiber vollständig an der Strombörse gehandelt und ist so voll in den Wettbewerb am Großhandelsmarkt für Strom integriert. Eineinhalb Jahre nach der Einführung der sogenannten Marktprämie mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und nur sechs Monate nach Inkrafttreten der zugehörigen Managementprämien-Verordnung zeigen sich deutliche Erfolge.
 Bundesumweltminister Peter Altmaier lobte die Entwicklung: "Mit der Einführung der Marktprämie im letzten Jahr hat das Bundesumweltministerium seine Hausaufgaben gemacht. Ein erheblicher Teil der Erneuerbare Energien-Anlagen übernimmt im Markt inzwischen die gleiche Verantwortung wie vorher nur konventionelle Kraftwerke. Jetzt müssen konventionelle Erzeuger und die Nachfrager ihren Teil zu einem flexibleren Stromsystem beitragen!"
 Die Marktprämie gleicht die Differenz zwischen der Vergütung, die nach dem EEG für Strom aus erneuerbaren Energien gezahlt wird, und dem durchschnittlichen Marktpreis aus. Die Erzeuger verzichten damit auf die Einspeisevergütung. Die Marktprämie setzt so Anreize, Strom verstärkt dann einzuspeisen, wenn er gebraucht wird - der Marktpreis also über dem Durchschnitt liegt. Im Gegenzug müssen Betreiber von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen und die Marktprämie in Anspruch nehmen, in gleichem Maß Verantwortung übernehmen wie die Betreiber konventioneller Kraftwerke: Sie verkaufen ihren Strom selbstständig oder mit Hilfe von spezialisierten Stromhändlern im Wettbewerb am Großhandelsmarkt, erstellen dafür Prognosen, melden so genannte Fahrpläne an und müssen für diese gerade stehen. Zudem bieten Betreiber von Biomasseanlagen Regelenergie an. Sie tragen so dazu bei, dass mittelfristig zunehmend auf die Mindesteinspeisung aus CO2-intensiven konventionellen Kraftwerken (sog. must run) verzichtet werden kann.
 Insgesamt sind derzeit etwa 70 Unternehmen und Stromhändler an der Strombörse mit der Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien aktiv.
 Die Entwicklung zeigt zudem, dass Anbieter von Strom aus erneuerbaren Energien jetzt auf negative Preise am Großhandelsmarkt reagieren und ihre Anlagen in solchen Fällen drosseln. Zuletzt am 16. Juni dieses Jahres, als ein Überangebot an Strom vorhanden war und die Preise für Strom unter Null Euro pro Kilowattstunde sanken, haben mehr als 3200 Megawatt erneuerbare Energien - das entspricht der Leistung von etwa 1500 modernen Windenergieanlagen oder drei großen Braunkohlekraftwerken - ihre Erzeugung gedrosselt und so Kosten in Millionenhöhe gespart.
 Die Fraunhofer-Institute für System- und Innovationsforschung (Fh ISI), für Windenergie und Energiesystemtechnik (Fh IWES), das Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM) und die Rechtsanwaltskanzlei BeckerBüttnerHeld (BBH) haben im Auftrag des Bundesumweltministeriums die Erfahrungen mit der Marktprämie evaluiert. Die aktuellen Zahlen zur Marktprämie sind abrufbar auf der Website der Übertragungsnetzbetreiber: http://www.eeg-kwk.net/de/file/Direktvermarktung_Juli_2013_Internet.pdf Link zum Forschungsbericht zur Evaluierung der Marktprämie: http://www.isi.fraunhofer.de/isi-media/docs/e-x/working-papers-sustainability-and-innovation/WP01-2013_Working_Paper_Nutzenwirkung_1.pdf
 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 Stresemannstraße 128-130
 10117 Berlin
 Deutschland
 Telefon: 030 18 305-2010
 Telefax: 030 18 305-2016
 Mail: presse@bmu.bund.de
 URL: <http://www.bmu.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

[bmu.de](http://www.bmu.de)
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

[bmu.de](http://www.bmu.de)
presse@bmu.bund.de

Das Bundesumweltministerium stellt sich vorDas Bundesumweltministerium besteht seit 1986 und ist verantwortlich für die Umweltpolitik der Bundesregierung. Offiziell trägt das Ministerium den Namen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; häufig wird jedoch - wie auf dieser Internetseite - die Abkürzung BMU oder die Kurzform Bundesumweltministerium verwendet. An seinen beiden Dienstorten Bonn und Berlin beschäftigt das Ministerium insgesamt ca. 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sechs Abteilungen. Seit 2012 wird das Ministerium von Bundesumweltminister Peter Altmaier geleitet. Er wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt durch den beamteten Staatssekretär Jürgen Becker sowie die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Ursula Heinen-Esser und Katherina Reiche. Was sind die Aufgaben des Bundesumweltministeriums? Das Ziel der Umweltpolitik ist es, uns und den nachfolgenden Generationen ein gesundes Lebensumfeld zu erhalten oder zu schaffen. Die Umweltpolitik der Bundesregierung umfasst deshalb viele verschiedene Bereiche, in denen das Ministerium Ziele formuliert, Entscheidungen trifft und Gesetze vorbereitet. Das Bundesumweltministerium setzt sich vor allem für den Klimaschutz, den Erhalt der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten, den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie sowie den Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umweltbelastungen ein. Dabei folgt die deutsche Umweltpolitik stets dem übergeordneten Leitbild der Nachhaltigkeit. Das bedeutet, umweltbewusst, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial gerecht zu leben und zu handeln. Das Ziel ist also, heutige Bedürfnisse so zu befriedigen, dass auch kommenden Generationen die Chance bleibt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Auch in der internationalen Umweltpolitik ist das Bundesumweltministerium aktiv. Zu den größten weltweiten Herausforderungen gehören der Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt. Wegen seines engagierten Einsatzes für die Umwelt gilt Deutschland international als Vorbild.